

Newsmail Februar 2025

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 12. Februar 2025 gab der Bundesrat bekannt, dass er im Jahr 2026 vorerst keine zusätzlichen Entlastungsmassnahmen vorsieht. Er erwartet für das kommende Jahr einen nahezu ausgeglichenen Bundeshaushalt, so dass sich weitere Kürzungen voraussichtlich vermeiden lassen. Der Bundesrat rechnet mit Mehreinnahmen, die unter anderem helfen, den Pflichtbeitrag für die Assoziierung der Schweiz an das EU-Programm «Horizon Europe» mitzufinanzieren. Sollten sich diese Prognosen bestätigen, können die Institutionen des BFI-Bereichs für das Jahr 2026 von einer gewissen Planungssicherheit ausgehen. Hingegen müssen sie mit einem bedeutenden Rückgang der Finanzmittel in den Jahren 2027 und 2028 rechnen; dies aufgrund des sich aktuell in der Vernehmlassung befindenden Entlastungspakets, das gemäss Bundesrat nach wie vor notwendig sei.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

STANDPUNKT



Horizon Europe: Das Parlament bleibt gefordert

Tiana Angelina Moser

Ständerätin, Mitglied Politikteam FUTURE

Nach dem materiellen Abschluss der Verhandlungen zu den «Bilateralen III» war das Aufatmen in der Wissenschaftsgemeinschaft gross: Dank der vollständigen Aktivierung der Übergangsregelung können sich Forschende und Innovationsakteure im Jahr 2025 an fast allen Ausschreibungen von Horizon Europe beteiligen. Im Februar kommunizierte der Bundesrat, dass das Abkommen zur Teilnahme der Schweiz an den EU-Programmen (EUPA) bereits im November unterzeichnet werden soll, was den Weg für eine Assoziierung an das Horizon-Paket rückwirkend ab Januar 2025 ebnet.

[weiterlesen »](#)

NEUIGKEITEN DES MONATS

27.02.2025 | Akademischer Nachwuchs

Studierende wendeten im Jahr 2024 mehr Zeit für Erwerbstätigkeit auf

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat erste Ergebnisse der Erhebung 2024 zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden veröffentlicht. Demnach arbeiteten Studierende im Vergleich zu 2020 durchschnittlich 0,7 Stunden pro Woche mehr, während sie 2,1 Stunden weniger für ihr Studium aufwendeten. Rund drei Viertel der Studierenden übten neben dem Studium eine Erwerbstätigkeit aus – vermehrt mit einem Beschäftigungsgrad von über 40%. Gleichzeitig absolvierten 53% der Studierenden ihre Lehrveranstaltungen teilweise oder komplett online.

[Mehr»](#)

26.02.2025 | Forschungszusammenarbeit

SGK-S will Ausfuhr von Psychedelika zu Forschungszwecken ermöglichen

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) beantragt ihrem Rat einstimmig die Annahme der Motion «Ausfuhr von Psychedelika für internationale Forschung und therapeutische Anwendungen ermöglichen». Der Nationalrat hatte die Vorlage bereits im letzten Jahr angenommen. Die Motion will den

rechtlichen Rahmen anpassen, um die Ausfuhr von kontrollierten verbotenen Substanzen wie Halluzinogenen zu medizinischen oder wissenschaftlichen Zwecken zu ermöglichen. Derzeit können nur die Einfuhr, der Anbau, die Herstellung und das Inverkehrbringen bewilligt werden. Der Ständerat wird das Geschäft in der Frühjahrssession beraten.

[Mehr»](#)

26.02.2025 | FIG

CERN: Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zum Sachplan

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Entwurf der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für Bauten und Anlagen der Europäischen Organisation für Kernforschung CERN (VBAC) eröffnet. Der Entscheid steht im Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Sachplans für Bauprojekte des CERN. Um den Sachplan rechtlich zu verankern, haben die Eidgenössischen Räte in der letzten Herbstsession eine Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIG) verabschiedet.

[Mehr»](#)

26.02.2025 | Innosuisse

Neue strategische Ziele für Innosuisse

Der Bundesrat hat die strategischen Ziele für die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse für die Jahre 2025–2028 verabschiedet. In der Förderperiode 2025–2028 werden die bestehenden Förderangebote grundsätzlich weitergeführt und wo nötig konsolidiert. Neu wird sich Innosuisse bei der nationalen Initiative zur Förderung der Quantenwissenschaften «Swiss Quantum Initiative» engagieren.

[Mehr»](#)

20.02.2025 | GVO-Anbau

WBK-N unterstützt Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums bis 2030

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) hat sich mit 18 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen für eine Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums bis ins Jahr 2030 ausgesprochen. Dies soll ausreichend Zeit schaffen, um ein Spezialgesetz für den Umgang mit neuen Züchtungsmethoden zu verabschieden. Der Nationalrat wird in der Frühjahrssession über die Verlängerung befinden.

[Mehr»](#)

Die Schweiz und die EU planen Unterzeichnung des EU-Programmabkommens im November 2025

Der Bundesrat und die Europäische Kommission wollen das EU-Programmabkommen bereits im November dieses Jahres unterzeichnen. Nur so lässt sich die Assoziierung der Schweiz an das Horizon-Paket rückwirkend ab 1. Januar 2025 sicherstellen. Dieses beinhaltet das Rahmenprogramm der EU für Forschung und Innovation «Horizon Europe», das «Euratom»-Programm der Europäischen Atomgemeinschaft und die Digital-Europe-Programme. Die Paraphierung des Programmabkommens ist im April 2025 in Brüssel vorgesehen. Das Abkommen ist ein Teil des Pakets zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Wegs zwischen der Schweiz und der EU (Gesamtpaket).

[Mehr»](#)

19.02.2025 | Tierversuche

Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» ab

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Ja zur tierversuchsfreien Zukunft» ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag ab. Er ist der Ansicht, dass ein Verbot von Tierversuchen gravierende Folgen für die Forschung, die Medizin und die Wirtschaft in der Schweiz hätte. Der Bundesrat unterstützt jedoch die Förderung alternativer Forschungsmethoden und eine strenge Regelung von Tierversuchen. Die entsprechende Botschaft will er dem Parlament bis im November 2025 vorlegen.

[Mehr»](#)

19.02.2025 | Geistiges Eigentum

Bundesrat will neues internationales Abkommen unterzeichnen

Der Bundesrat hat beschlossen, den neuen Vertrag der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) über geistiges Eigentum, genetische Ressourcen und assoziiertes traditionelles Wissen zu unterzeichnen. Dieser verpflichtet zur Offenlegung der Herkunft von genetischen Ressourcen und des damit assoziierten traditionellen Wissens bei Patentanmeldungen. Da die Schweiz bereits seit 2008 eine entsprechende Regelung im Patentgesetz verankert hat, sind keine Gesetzesänderungen nötig. Der Bundesrat wird das Abkommen dem Parlament zur Genehmigung vorlegen.

[Mehr»](#)

18.02.2025 | Internationale Beziehungen

Die Schweiz und Liechtenstein verstärken Innovationszusammenarbeit

Die Schweiz und Liechtenstein haben eine Vereinbarung erneuert, die ihre Zusammenarbeit im Bereich wissenschaftsbasierter Innovation stärkt. Martina Hirayama, Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, und Katja Gey, Leiterin des Amts für Volkswirtschaft des Fürstentums Liechtensteins, haben die überarbeitete Vereinbarung in Bern unterzeichnet. Die bisherige Vereinbarung wäre Ende Februar 2025 ausgelaufen.

[Mehr»](#)

12.02.2025 | Ärztinnen- und Ärztemangel

WBK-S fordert Ausbildung von genügend Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) will den Ärztinnen- und Ärztemangel in der Schweiz, insbesondere im Bereich der Hausarztmedizin, eindämmen. Sie beantragt ihrem Rat mit 8 zu 2 Stimmen, die Motion «Mangel an Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz. Vorbeugen ist besser als Heilen!» anzunehmen. Letztere fordert den Bundesrat auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Ausbildung von genügend Ärztinnen und Ärzten in der Schweiz sicherstellen soll.

[Mehr»](#)

12.02.2025 | Voranschlag 2026

Vorerst sind keine zusätzlichen Budgetkürzungen für das Jahr 2026 geplant

Der Bundesrat geht aufgrund seiner jährlichen finanzpolitischen Standortbestimmung davon aus, dass es im Voranschlag 2026 zu keinen zusätzlichen Kürzungen kommen wird. Dies begründet er mit dem nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo, den die aktualisierten Haushaltszahlen für das Jahr 2026 ausweisen. Grundlage für das annähernd ausgeglichene Budget 2026 bilden die dauerhaften Ausgabenkürzungen der letzten Jahre, die Verbuchung der Beiträge für Schutzsuchende aus der Ukraine an die Kantone als ausserordentliche Ausgaben, der Weiterzug eines Grossteils der beschlossenen Kürzungen vom Voranschlag 2025 ins Jahr 2026 sowie Mehreinnahmen durch die Bundessteuer. Der Bundesrat warnt allerdings vor Milliardendefiziten in den Folgejahren, sollte das Entlastungspaket 2027 nicht umgesetzt werden.

[Mehr»](#)

12.02.2025 | Künstliche Intelligenz

Bundesrat will KI-Konvention des Europarats ratifizieren

Um den Umgang mit Künstlicher Intelligenz (KI) in der Schweiz zu regulieren, will der Bundesrat die KI-Konvention des Europarats ratifizieren. Dazu will er die im Schweizer Recht dafür notwendigen Anpassungen vornehmen lassen. Ziel der Ratifizierung sei es, den Innovationsstandort Schweiz zu stärken, den Grundrechtsschutz inklusive Wirtschaftsfreiheit zu wahren und das Vertrauen der Bevölkerung in die KI zu stärken. Ein Vernehmlassungsentwurf soll voraussichtlich Ende 2026 vorliegen.

Mehr»

11.02.2025 | Bundeshaushalt

Organisationen des BFI-Bereichs warnen vor den Konsequenzen des Entlastungspakets 27

Das Entlastungspaket 2027 für den Bundeshaushalt sieht im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich) Kürzungen der finanziellen Mittel in der Höhe von mehr als 460 Millionen Franken pro Jahr vor. Anlässlich einer gemeinsamen Medienkonferenz haben die Vertreterinnen und Vertreter der Hochschulen und der Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung über die Auswirkungen der Kürzungen auf den BFI-Standort Schweiz informiert. Die vom Bundesrat in der Vernehmlassung vorgeschlagenen Massnahmen würden es den Hochschulen erschweren, die von der Schweizer Wirtschaft benötigten Fachkräfte auszubilden. Zudem würde sich der geplante Investitionsrückgang bei der Forschungs- und Innovationsförderung negativ auf die Schweizer Wirtschaft auswirken. Ein vom Bund eingesparter Franken bedeute einen volkswirtschaftlichen Verlust von bis zu fünf Franken. Die Akteure des BFI-Bereichs fordern den Bundesrat auf, auf diese massiven Einsparungen zu verzichten.

Mehr»

NEU ERSCHIENEN

future
wissenschaft & politik

März 2025 ausg. Nr. 91

Horizon Europe: Das Parlament bleibt gefordert

S. 2
ENTLASTUNGSPAKET 2027
Die Kürzungen werden sich auf den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft auswirken

S. 3
BFI-BEREICH ENTLASTUNGSPAKET 2027
Überblick zu Auswirkungen von Kürzungen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation

S. 4
FACTS & FIGURES
Internationale Patentanmeldungen aus dem Hochschulforschungsbereich

Newsletter Nr. 91, März 2025

Die 91. Ausgabe des FUTURE Newsletters enthält ein Editorial von Ständerätin Tiana Angelina Moser und eine Infografik zur Position der Schweiz bei Patentanmeldungen aus dem Hochschulforschungsbereich im internationalen Vergleich. Der Hauptartikel ist den Konsequenzen des vorgesehenen Entlastungspakets 2027 für den BFI-Bereich gewidmet.

weiterlesen »



Positionspapier zum Entlastungspaket 2027

Gemeinsame Positionierung der Schweizer Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung: Wohlstand und Sicherheit in der Schweiz dank Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation

[weiterlesen »](#)

MONITORING

Monitoring BFI-relevanter Geschäfte

Parlamentsgeschäfte im Bereich Bildung, Forschung und Innovation

Hier gelangen Sie zur aktuellen Übersicht des Netzwerks FUTURE.

[weiterlesen »](#)

AGENDA

03.-21.03.2025 | Bern

Frühjahrssession der eidgenössischen Räte

27.-28.03.2025 | Bern

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N)

07.-08.04.2025 | Bern

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S)

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Sie sind bei uns mit der E-Mail-Adresse eingetragen.

Sie möchten keine weiteren Informationen per E-Mail erhalten? [abmelden](#)

KONTAKT

Netzwerk FUTURE
Münstergasse 64/66, 3011 Bern
Tel. 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

4. März 2025
